

die Völker an den Vorschlägen Molotows, daß es einen Weg gibt, um den Frieden zu sichern. Davon zeugt auch das gemeinsame Kommuniqué der Außenminister. Darin schlagen sie für den 26. April eine Konferenz mit der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, mit Südkorea und anderen Staaten vor, auf der die friedliche Regelung der Koreafrage und der Indochina-Frage behandelt werden soll. In dem Kommuniqué wird ebenfalls festgelegt, daß ein Meinungsaustausch über das Problem der Abrüstung oder Einschränkung der Rüstungen unterhalten werden soll.

Die amerikanischen Imperialisten mußten sich zum Beispiel auch bereit erklären, mit der Sowjetunion Verhandlungen über die Frage der Atomwaffen zu beginnen. Noch vor einem Jahr hätten die aggressiven Kreise der USA dies weit von der Hand gewiesen; noch vor einem Jahr praktizierten sie ihre Methoden der sogenannten Atomdiplomatie, die in der militärischen Drohung und politischen Erpressung gegenüber anderen Staaten, vor allem gegenüber der Sowjetunion, bestand. Diese Erpressungspolitik ist gescheitert. Der Besitz der Wasserstoffbombe durch die UdSSR hat den amerikanischen Aggressionspolitikern auch dieses Druckmittel aus der Hand geschlagen.

Die Entspannung in den internationalen Beziehungen findet nicht nur auf der politischen Ebene, sondern besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet ihren Ausdruck. In seiner Ersten Rede auf der Berliner Konferenz forderte der sowjetische Außenminister die Beseitigung der handelspolitischen Diskriminierung der Länder des demokratischen Weltmarktes durch das amerikanische Monopolkapital und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen allen Staaten der Welt. Dabei hatte er die Zustimmung vieler Politiker, Kaufleute und Industrieller in den kapitalistischen Ländern.

Die amerikanische Embargo-Politik hat Schiffbruch erlitten. Breite Kreise des Bürgertums in allen kapitalistischen Staaten zeigen wachsendes Interesse an der Entwicklung eines normalen Handels mit dem demokratischen Weltmarkt. Das kommt vor allem in der wichtigen Tatsache zum Ausdruck, daß während der Verhandlungen der Außenminister in Berlin englische und französische Handelsdelegationen in Moskau weilten und Verträge über einen erweiterten gegenseitigen Warenaustausch abschlossen. Es ist klar, daß sich die europäischen Völker nicht auf die Dauer von der Wallstreet vorschreiben lassen, mit wem sie Handel treiben dürfen.

Eine Konferenz von 600 namhaften Wirtschaftlern Westdeutschlands protestierte am 13. Februar 1954 in Berlin dagegen, daß sich durch die Haltung der amerikahörigen Adenauer-Regierung die zunehmende Belebung des Ost-West-Handels noch nicht auf eine Erweiterung des innerdeutschen Handels ausgewirkt habe. Auch die Bevölkerung Westdeutschlands wird sich dem amerikanischen Wirtschaftsdruck nicht auf ewig beugen. Die normalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland sind von großer Bedeutung im Kampf um die Verständigung der Deutschen und die friedliche Wiedervereinigung unseres Landes. Das weiß die Clique um Adenauer. Deshalb unternimmt sie alles, um die normalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu unterbinden und zu stören.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß die Kräfte des Friedens in der Offensive sind und die Kräfte des Krieges

zum Rückzug gezwungen haben. Die Kräfte des Weltfriedenslagers wachsen ständig, die Reihen der Anhänger der amerikanischen Politik lichten sich von Tag zu Tag mehr. Das ist ein großer Gewinn für den Frieden.

In mächtigen Streiks und Demonstrationen protestieren die Werktätigen Italiens gegen die amerikahörige Politik der Kollaborateure aus den Reihen der Christlich-Demokratischen Partei, gegen den Faschisten Scelba. Die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung verlangen Rechenschaft von Außenminister Bidault über seine Haltung auf der Berliner Konferenz, weil er die Meinung seines Volkes mißachtete und sich als willfähriger Schleppenträger der USA-Regierung bewegte.

W. M. Molotow sprach auf der Berliner Konferenz nicht nur im Namen seines Landes. Er sprach auch im Namen des mächtigen Weltfriedenslagers, das nicht nur die rund eine Milliarde Menschen in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens umfaßt, sondern auch die Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern. Herr Dulles und Herr Eden dagegen, ganz zu schweigen von Herrn Bidault, können von sich aus nicht einmal behaupten, daß sie ihre „eigenen“ Völker hinter sich haben.

### Was sollen jetzt die Deutschen tun?

Das deutsche Volk hat aus dem Verlauf der Außenministerkonferenz eine Reihe von wichtigen Lehren ziehen können. Es hat einen Anschauungsunterricht darüber erhalten, wo seine Freunde und wo seine Feinde stehen. „Es ist jetzt genügend klar geworden, Worin die Verschiedenheit der Auffassungen der vier Mächte in der Deutschlandfrage besteht“, sagte Molotow. Die Westmächte gingen zu dieser Konferenz mit dem Versprechen, die Belange des deutschen Volkes nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Ihre tatsächliche Haltung hat auch diejenigen Deutschen tief enttäuscht, in deren Augen sie zuvor noch einigen Kredit hatten. Molotow betonte in seiner Abschlußrede auf der Konferenz, daß die Aufgaben, die auf der Konferenz ungelöst blieben, von der Tagesordnung nicht abgesetzt werden. Die Behandlung der Deutschlandfrage kann also nicht als abgeschlossen betrachtet werden, sondern man wird über sie weiter verhandeln müssen. Das deutsche Volk wird und kann auf seine nationale Wiedervereinigung nicht verzichten, sondern wird die Bewegung der deutschen Patrioten für nationale Einheit und Unabhängigkeit verstärken.

In Übereinstimmung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordern die deutschen Patrioten eine direkte freie Entscheidung des deutschen Volkes über die Frage: Für die EVG oder für den Friedensvertrag? Das ist die entscheidende Frage über das Schicksal der deutschen Nation.

Warum ist solch eine Volksabstimmung notwendig? Als der westdeutsche Bundestag im Jahre 1953 den Verträgen von Bonn und Paris zustimmte, handelte er gegen den eindeutigen Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands. Auch bei den Wahlen vom 6. September 1953 zum neuen Bundestag erhielten die gewählten Abgeordneten von ihren Wählern kein Mandat für die Fortsetzung der EVG-Politik. Sie haben vor den Wahlen eine klare Stellungnahme zur EVG umgangen, die Wähler getäuscht und mit allen Mitteln eine freie Entscheidung verhindert. In einer Volksabstimmung kann aber das deutsche Volk direkt entscheiden,